

**Rede
zur Einbringung des Haushaltes 2014
und der
Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 - 2021**

Stadtkämmerer Hubert Große-Ruiken

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Folie 1 „Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Nordrhein-Westfalen spitzt sich weiter zu“. Das ist das Fazit des Kommunalen Finanzreportes der Bertelsmann Stiftung aus dem letzten Monat. Derzeit profitieren die verschuldeten Städte und Gemeinden von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Erhöhung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“ ist ein weiteres Fazit des Finanzreportes. Das Zinsniveau des Jahres 2001 zu Grunde gelegt, wären die Zinsausgaben in NRW rund 1 Mrd. Euro höher als heute“.

„Grundsätzlich ballen sich die Problemlagen in den kreisfreien Städten, vor allem im Ruhrgebiet. Auf der anderen Seite gibt es auch in NRW gesunde Regionen, so das Münsterland oder Ostwestfalen“. Der Report zieht folgendes Fazit: „Die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich. Viele Städte sind in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. Zusätzliche Risiken bestehen in den geringen Bauausgaben, steigenden Pensionslasten und hohen Zinsrisiken.“

Soweit der Finanzreport. Wenn man dieses Fazit liest, könnte der Finanzreport auch über Dorsten geschrieben worden sein. Wir werden sehen, dass der Finanzreport in Dorsten den Nagel auf den Kopf trifft.

I. Entwicklung des Haushaltes 2013

Zunächst einige Worte zur Entwicklung des Haushaltes 2013. Die Einnahmen und Ausgaben der vergangenen Monate verliefen im Wesentlichen planmäßig. Die Risiken, von denen wir wussten, sind beherrschbar. Wir können im Moment sagen, dass wir alle unverhofften Mehraufwendungen, sei es für die Jugendhilfe oder das Einheitslastenabrechnungsgesetz, in 2013 werden stemmen können. Wenn nichts Unverhofftes passiert, werden wir auch die Haushaltssanierungsmaßnahmen, die wir in 2013 nicht umsetzen können, kompensieren. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass wir die Sparziele für

2013 erreichen. Wir werden die um rd. 4,1 Mio. € höhere Konsolidierungshilfe nicht für unverhoffte Mehraufwendungen in Anspruch nehmen müssen, sondern können sie zur Haushaltsverbesserung nutzen und damit Kassenkredite zurückführen.

Dennoch bleibt unser Haushaltssanierungsplan wegen seiner langen Laufzeit ein labiles Werk. Wir benötigen dringend Reserven! Diese schmelzen jedoch, das werden wir sehen, dahin wie der Schnee in der Frühlingssonne.

II. Rahmendaten zum Haushalt 2014

Folie 2

Der Ihnen nun vorliegende Entwurf des Haushaltes 2014 basiert auf den Erkenntnissen und der Gesetzeslage, die wir zum Redaktionsschluss Mitte August hatten. Dieser Entwurf schließt wie folgt ab:

Fehlbedarfsentwicklung Haushaltsentwurf 2014 (Stand 30.08.13)

Jahr	Fehlbedarf (-) Überschuss	Entwurf Haus- halt 2014	Differenz	
2013	- 14.444.691,00		14.444.691 €	
2014	- 6.159.205,00	-2.929.217 €	3.229.988 €	
2015	- 1.296.942,00	2.507.034 €	3.803.976 €	
2016	443.511,00	5.064.669 €	4.621.158 €	Zieljahr 1
2017	318.725,00	4.430.745 €	4.112.020 €	
2018	13.686,00	2.689.745 €	2.676.059 €	
2019	44.985,00	1.333.545 €	1.288.560 €	
2020	1.598.602,00	1.415.445 €	-183.157 €	
2021	1.984.086,00	245.345 €	-1.738.741 €	Zieljahr 2

**Fazit: Vorgaben werden eingehalten!
Der HSP ist genehmigungsfähig**

Hubert Große-Ruilken, 18.09.2013

3

Sie sehen, dass die Vorgaben aus dem Stärkungspaktgesetz eingehalten werden und darüber hinaus in den Jahren 2014 bis 2019 eine Verbesserung eintritt, die aus der höheren Konsolidierungshilfe herrührt.

Dieser Abschluss hat allerdings einen Haken.

Denn die Änderungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 und die neuen Umlageberechnungen der Umlageverbände sind hierin nicht enthalten. Wir wussten zwar Mitte August 2014, dass wir in 2014 deutlich höhere Schlüsselzuweisungen erhalten werden, als eingeplant sind. Diese haben wir aber in den Entwurf noch nicht eingebaut, weil es Rückkopplungseffekte mit den Umlagen gibt, die diese Mehreinnahmen zum Teil wieder aufzehren. Wir wissen aber erst seit vergangenen Freitag, was sich bei den Umlageverbänden abzeichnet.

Ich habe daher das vergangene Wochenende genutzt und den Rechenschieber in die Hand genommen, um zu ermitteln, was das für Dorsten bedeutet.

Folie 3

Das Ergebnis können Sie der nachstehenden Folie entnehmen:

Fehlbedarfsentwicklung Haushaltsentwurf 2014 (Stand 16.09.2013)

Jahr	Fehlbedarf (-) Überschuss	Entwurf Haus- halt 2014	Differenz	
2013	- 14.444.691,00		14.444.691 €	
2014	- 6.159.205,00	-270.240 €	5.918.965 €	
2015	- 1.296.942,00	677.934 €	3.730.511 €	
2016	443.511,00	3.347.569 €	2.065.134 €	Zieljahr 1
2017	318.725,00	3.463.645 €	2.371.020 €	
2018	13.686,00	1.728.645 €	720.959 €	
2019	44.985,00	346.445 €	-721.540 €	
2020	1.598.602,00	417.345 €	-2.243.257 €	
2021	1.984.086,00	-754.755 €	-3.840.841 €	Zieljahr 2

**Fazit: Vorgaben werden nicht mehr eingehalten!
Der HSP ist nicht genehmigungsfähig!**

Hubert Große-Ruiken, 18.09.2013

Jetzt wird der Einwand kommen, dass es bis 2021 noch weit ist und bis dahin vieles im Fluss ist. Dennoch gilt es, den Haushalt auch für 2021 auszugleichen. Das heißt, dass wir in den nächsten zwei Monaten überlegen müssen, wie wir unseren Haushalt und das HSP genehmigungsfähig machen können. Wir müssen also über unsere Sparmaßnahmen reden, aber auch die Frage erörtern, ob unser Steuerbeschluss vom 17.12.2012 richtig war und ob wir die nötige Energie darauf verwenden, die

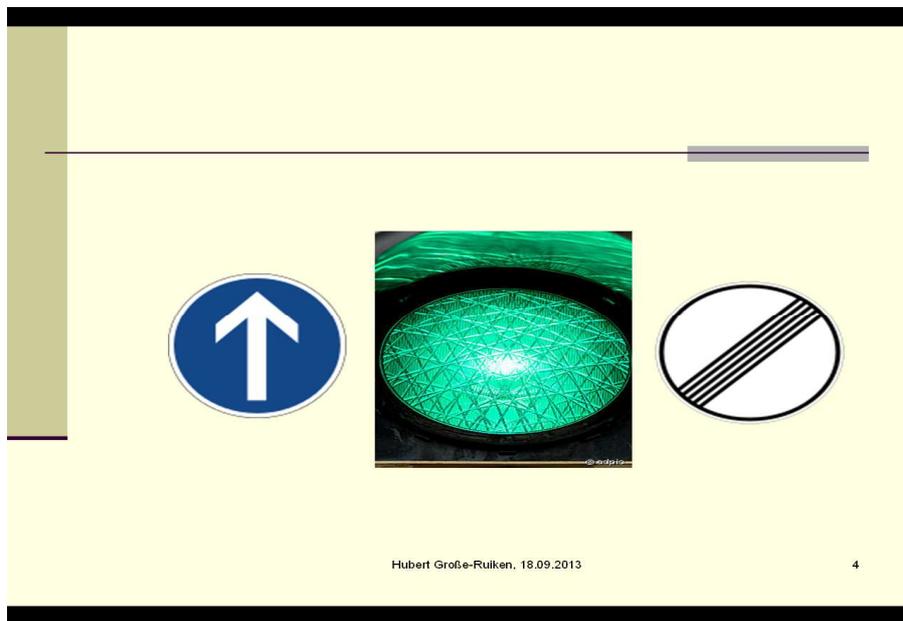
beschlossenen HSP-Maßnahmen umzusetzen. Denn in diesen Zahlen wird noch unterstellt, dass wir das HSP so, wie wir es im letzten Jahr beschlossen haben, auch umsetzen. Machen wir das nicht, wird das Loch noch größer. Dabei merken wir, dass die Front bröckelt und sich Sparmüdigkeit breit macht.

Nicht zielführend ist es m. E., nun allein die Umlageverbände ins Visier zu nehmen. Wir werden bei der Analyse unseres Haushaltes feststellen, dass die Ursachen vielfältiger sind.

IV. Positive Entwicklungen

Folie 4

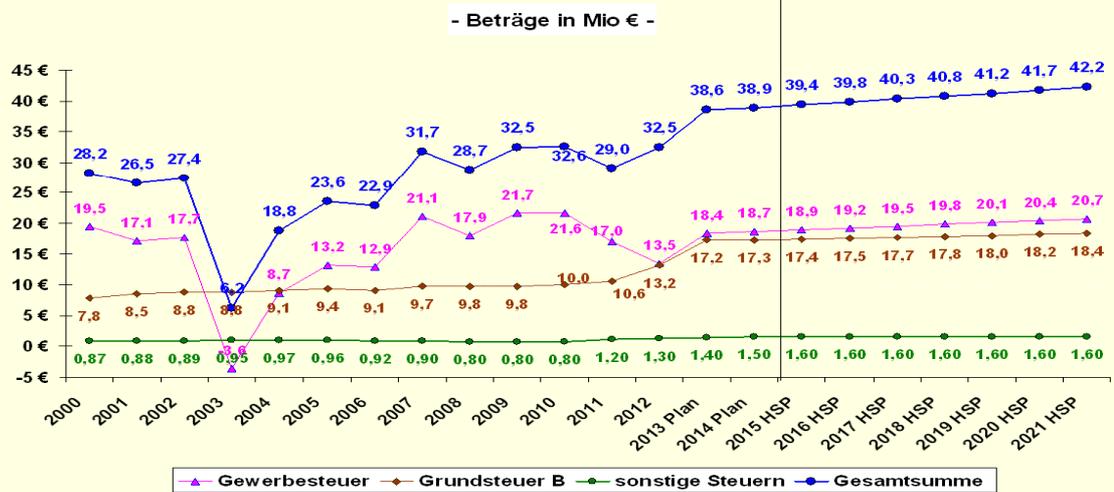
Fangen wir mit den Bereichen an, die **gut** laufen.



Folie 5

An erster Stelle zu nennen sind die **eigenen Steuern**.

Entwicklung der eigenen Steuereinnahmen



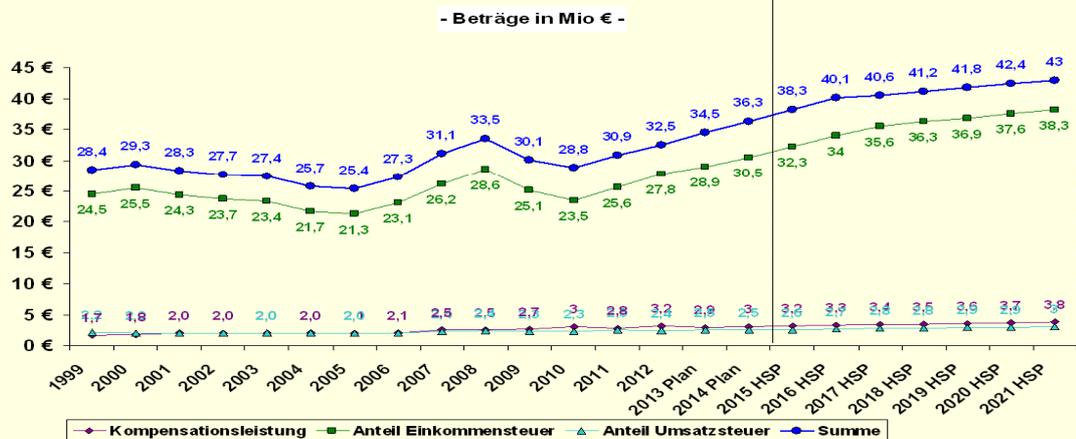
Die Steuereinnahmen verlaufen planmäßig. Das gilt vor allem für die **Gewerbesteuerentwicklung**. Ich habe Ende letzten Jahres auf den Einmaleffekt durch die Gewerbesteuerrückzahlung von 6,2 Mio. € hingewiesen. In 2013 läuft es nach jetzigem Stand auf eine Punktlandung hinaus, wobei zu sehen ist, dass die Gewerbesteuerveranlagungen für 2012 jetzt erst sukzessive kommen.

Ich traue mich daher, den Ansatz für 2013 für die Folgejahre mit der bisherigen Prognose weiterzuführen, aber nicht zu erhöhen.

Die Grundsteuern sind schon immer eine stabile Steuerquelle gewesen. Das hat sich nicht geändert. Auch hier liegen wir voll im Soll.

Folie 6 Beim **Anteil an der Einkommenssteuer** geht es weiter bergauf. Wir werden in 2014 rd. 100.000 € mehr erhalten, als im Plan steht. Das ist ein neuer Rekord.

Anteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer, Kompensationsleistung



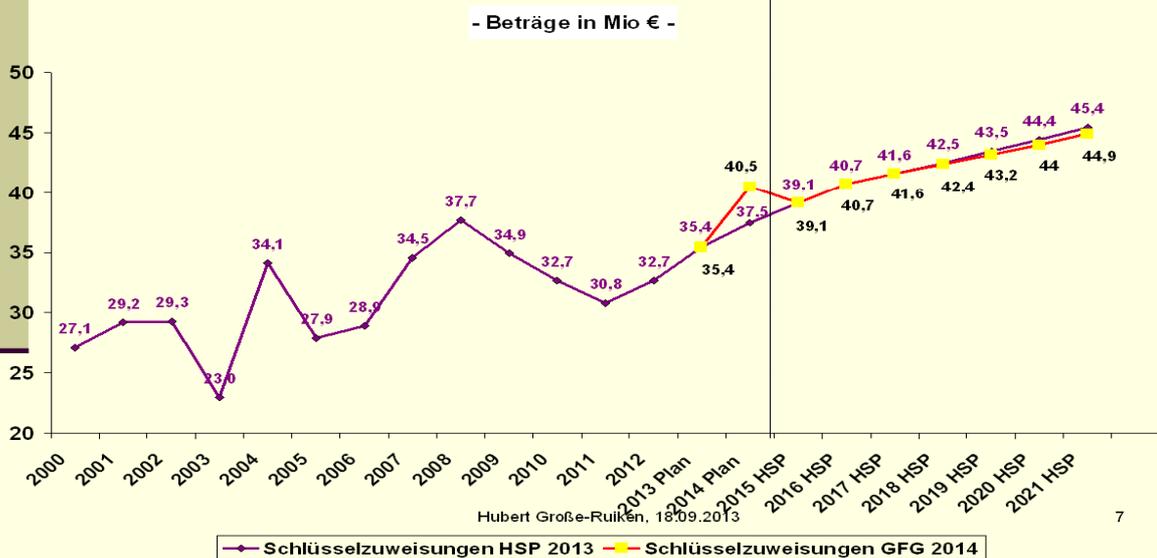
Hubert Große-Ruiken, 18.09.2013

7

Aber es geht nicht immer nur bergauf! Wir werden auch wieder andere Zeiten erleben.

Folie 7 Sie werden sich gefragt haben, warum die langfristige Perspektive schlechter ist, wo doch die **Schlüsselzuweisungen** des Jahres 2014 gegenüber 2013 um 5,1 Mio. € höher ausfallen.

Schlüsselzuweisungen



Hubert Große-Ruiken, 18.09.2013

7

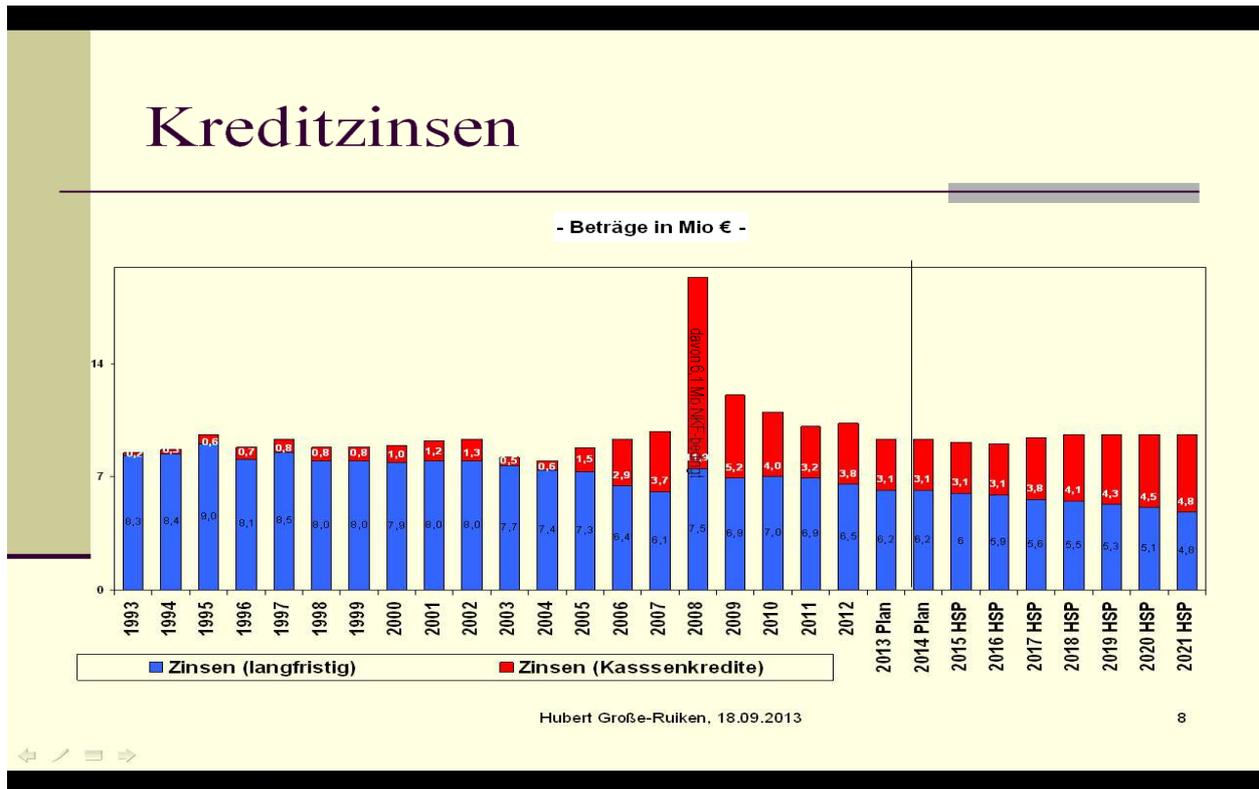
Das ist ein Zuwachs um 14,6% und verbessert den Ihnen vorliegenden HSP für 2014 um rd.2 Mio. €. Diese auf den ersten Blick so gute Nachricht ist allerdings dann nicht mehr so gut, wenn wir die Ursachen dieses Anstiegs näher untersuchen und den Zusammenhang mit den Umlagen herstellen.

Die Fakten:

- Es ist zusätzlich Geld im Topf, nämlich 8,35% mehr als in 2013. Eine Steigerung, die es bereits seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Dies liegt an den guten Steuereinnahmen des Landes, an denen wir – übrigens seit Jahren unverändert - mit 21,7% beteiligt sind.
- Die Steuerkraft aller Kommunen ist um 4,7% gestiegen. Unsere eigene Steuerkraft ist dagegen um 0,5% gesunken, was daran liegt, dass wir Ende 2012 den bekannten Steuerrückzahlungsfall hatten. Dadurch werden wir auch stärker am Ausgleichstopf beteiligt. Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn dieser Einmal-effekt wiederholt sich in 2015 nicht. In 2015 fallen wir daher auf den ursprünglich kalkulierten Wert zurück.
- Im GFG 2014 gibt es einige strukturelle Änderungen. Zwar wird das FiFo-Gutachten nicht umgesetzt; allerdings gibt es Grunddatenanpassungen, die nun in immer kürzeren Abständen erfolgen. Leider sind diese für uns nicht nur zum Vorteil. Während die Senkung des Zentralitätsansatzes und des Flächenansatzes zu unseren Gunsten ausgeht, verlieren wir durch die Absenkung des Soziallastenansatzes und des Hauptansatzes. Dies wird sich in 2015 fortsetzen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort über die umstrittene Abundanzumlage verlieren. Die Stadt Monheim beklagt sich über eine Abundanzumlage von 46 Mio. €. Dazu muss man aber wissen, dass Monheim einwohnermäßig etwas mehr als halb so groß wie Dorsten ist (42.000 Einwohner), aber an Steuerkraft der Gewerbesteuer das 17-fache von uns hat, nämlich 270 Mio. € und sich deshalb einen Gewerbesteuerhebesatz von 300% leisten kann, während wir 495 % haben und bei der Gewerbesteuer eine Steuerkraft von nur 16 Mio. € erzielen..

Das **Zinsgefüge** ist weiterhin sehr niedrig und wirkt sich bei uns positiv aus.



Das wird allerdings die Sparer nicht erfreuen! Begünstigt wird diese Entwicklung auch dadurch, dass es uns gelungen ist, in den letzten Jahren den Schuldenanstieg zu begrenzen. Insbesondere unseren Investitionshaushalt haben wir hier einigermaßen im Griff, obwohl wir in 2014 zu einer erheblichen Kreditaufnahme kommen werden. Das wird und darf sich aber in den folgenden Jahren nicht fortsetzen.

Wir befürchten aber, dass es spätestens ab 2017 zu Zinserhöhungen kommen wird. Wir haben in unser HSP bis 2021 eine Zinserhöhung auf 3,25% eingepreist. Nichts unterstreicht deutlicher, wie dringend es ist, die Kassenkredite abzubauen. Ein Prozent Zinssteigerung bedeuten z. Z. eine Ausgabenerhöhung von 2 Mio. € pro Jahr, die wir zu kompensieren hätten. Dieses Geld haben wir nicht!

Mit der Umsetzung der **Haushaltssanierungsmaßnahmen** sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Hierzu eine kleine Statistik:

Status der HSP-Maßnahmen

Status	Anzahl	Zielvolumen 2021	in %	
abgeschlossen	112	7.086.588,00	29,95%	} 87,09%
Steuererhöhungen	5	10.304.100,00	43,55%	
planmäßig verlaufend	26	502.100,00	2,12%	
Zinseinsparungen	1	2.711.400,00	11,46%	} 12,91%
noch nicht begonnen	21	1.872.400,00	7,91%	
aufgegebene oder veränderte Maßnahmen	17	53.300,00	0,23%	
nicht planmäßig verlaufend	26	1.128.700,00	4,77%	
gesamt	208	23.658.588,00	100%	

Hubert Große-Ruiken, 18.09.2013

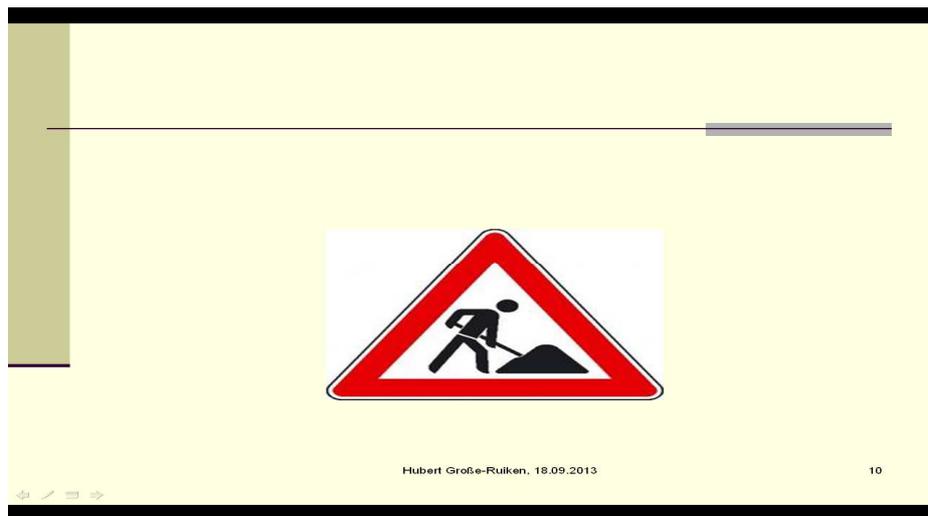
9

Damit haben wir schon rd. 87 % in nur einem Jahr erfolgreich umgesetzt. Dies betrachte ich als schönen Erfolg, der uns allerdings auch viel Kraft gekostet hat. Insofern kann ich verstehen, dass die Sehnsucht nach einer Erholungsphase groß ist.

Ich befürchte aber, dass wir uns das nicht erlauben können. Zudem ist zu sehen, dass die sofort umsetzbaren Maßnahmen eher die einfachen Maßnahmen waren. Die Nagelprobe kommt jetzt erst. Das deutet sich bereits an. Je mehr Zeit verstreicht, um so mehr wird über die einzelnen Maßnahmen gestritten, wobei die Vermeidungsstrategien überwiegen. Ich wünsche mir hier eher eine Umsetzungsstrategie. Damit habe ich bereits die Überleitung gefunden zur Kehrseite der Medaille.

V. Baustellen - Risiken

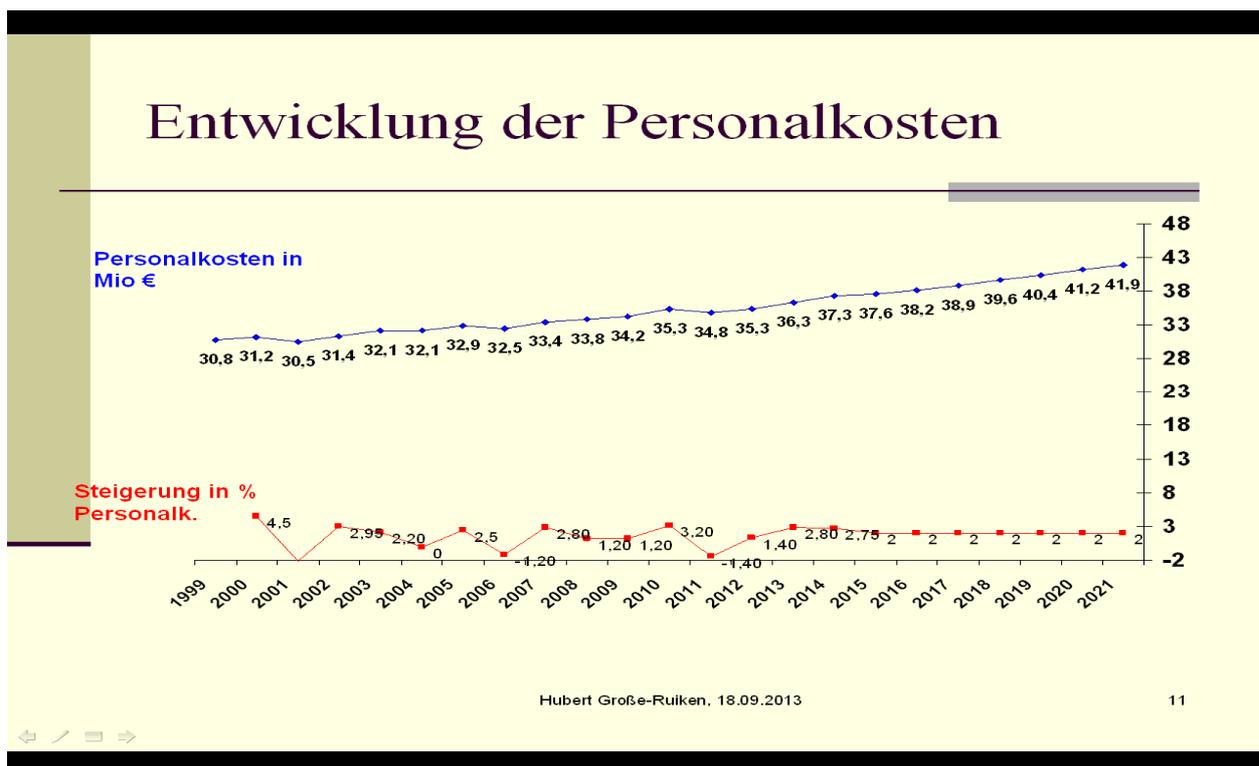
Folie 10



Nach diesen frohen Botschaften muss ich nun auf die Ursachen für die nun drohende neue Misere näher eingehen.

Folie 11

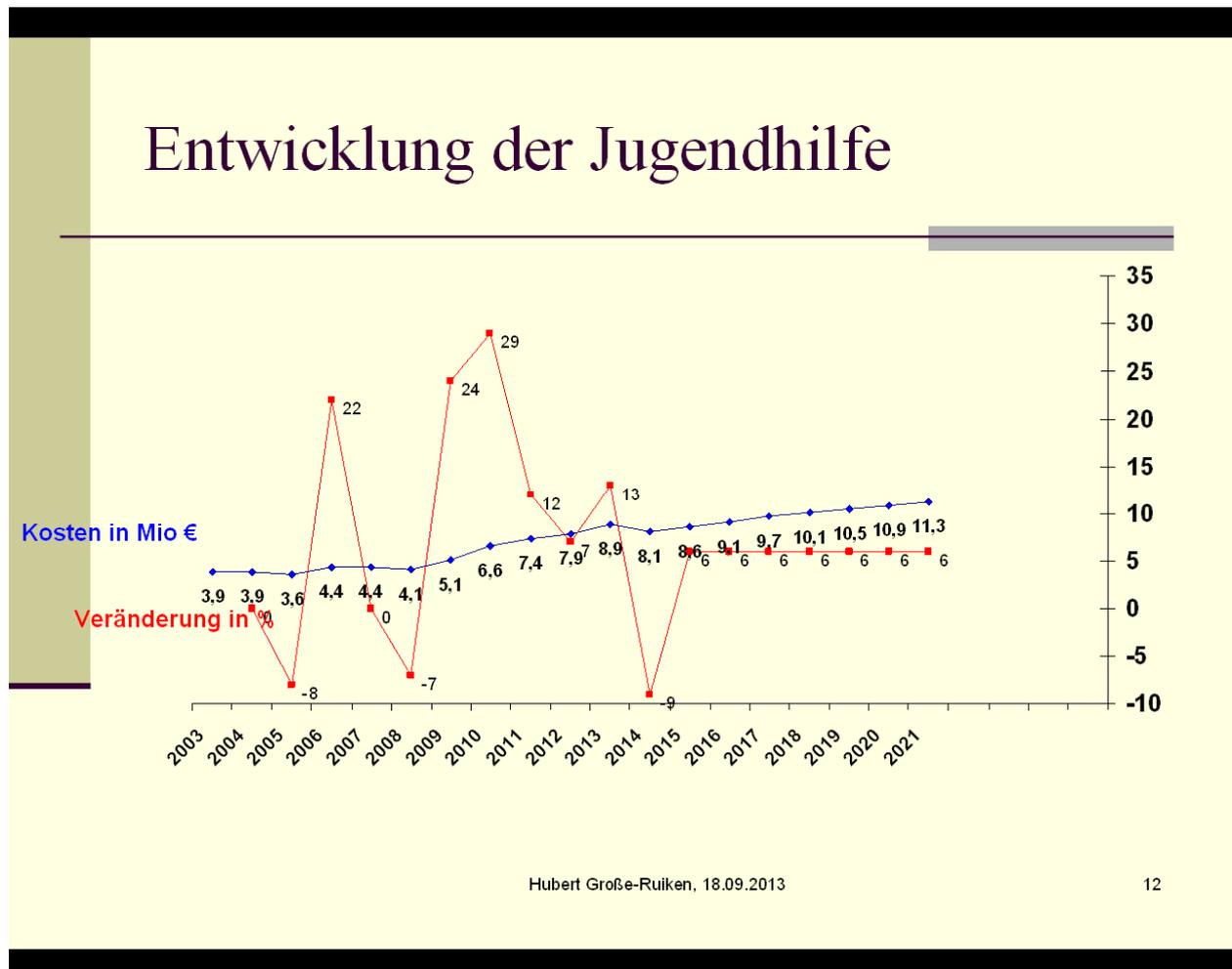
Bei den **Personalaufwendungen** haben wir in den letzten HSP's mit einer



Steigerung von jährlich 1,5% gerechnet, obwohl die Orientierungsdaten des Landes uns eigentlich 1,0% verordnet haben. Der Rest, so war die Auffassung des Landes, muss dann durch Personalabbau eingespart werden. Wir waren der Auffassung, dass wir mit unserem HSP aber bereits an die Grenze gegangen sind und mehr Personalabbau nicht möglich ist.

Die Tarifabschlüsse der letzten beiden Jahre haben uns gelehrt, dass die jährlichen 1,5% keineswegs ausreichend sind. In 2014 rechnen wir sogar mit 2,9% Steigerung. Es ist nun mal so, dass in wirtschaftlich besseren Zeiten auch die Tarifabschlüsse höher sind und sich der öffentliche Dienst hiervon nicht abkoppeln kann. Wir sehen uns daher genötigt, die jährlichen Steigerungsraten bis 2021 auf 2% zu erhöhen. Das erschwert natürlich die Einhaltung unseres Konsolidierungszieles.

Folie 12 Eine ganz große Baustelle tut sich in der **Jugendhilfe** auf.



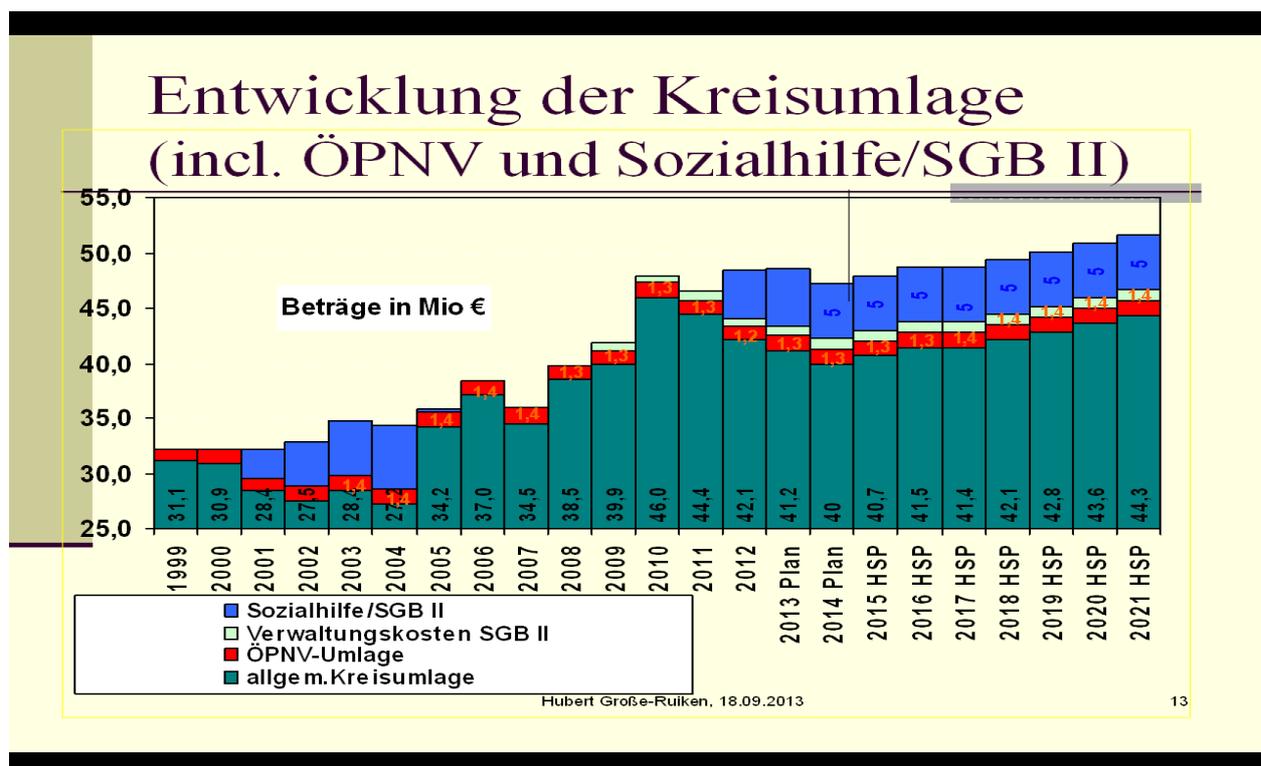
Geradezu explosionsartig steigen die Aufwendungen. Wir haben im letzten Jahr unsere Annahmen bereits von 4% auf 5% erhöht. Aber selbst das reicht nicht. Nach 2012 wird nun auch in 2013 ein deutlicher Nachschlag vonnöten. Wir müssen daher die jährlichen Steigerungsraten nun von 5% auf 6% erhöhen. Würden wir nur die letzten drei Jahre betrachten und würden wir dies fortschreiben, hätten wir Steigerungsraten jenseits von 10%.

Es zeichnet sich zudem ab, dass die Ansätze für 2014 gar nicht ausreichen werden, da die Erhöhung in 2013 in den Ansätzen 2014 noch gar nicht berücksichtigt ist. Wir reden

damit von einer latenten Verschlechterung unseres Haushaltes von mehr als 0,5 Mio. € pro Jahr.

Im HFA am 11.09.2013 bestand bereits Konsens darüber, dass wir uns dringend die Jugendhilfe anschauen und sehen müssen, was dort los ist und wie es uns gelingt, die Kosten zu senken, wobei natürlich klar sein muss, dass das Kindeswohl an erster Stelle zu stehen hat. Gelingt das nicht, werden wir beim Steuerzahler anklopfen und uns bei den Steuern einen Nachschlag holen müssen. Denn es dürfte nach meiner Einschätzung auf absehbare Zeit nicht gelingen, beim Bund Mittel für die Eingliederungshilfe zu fordern und nun mit den Kosten der Jugendhilfe nachzuziehen.

Folie 13 Eine Baustelle ist und bleibt die **Kreisumlage**. Die Nachrichten, die ich am vergangenen Freitag aus dem Kreishaus mitgebracht habe, bringen unseren Haushalt in eine neue Schiefelage. Der Kreis wird dagegen erklären, dass er die Kreisumlage um 7 Mio. € senken kann und damit die Städte entlastet. Was ist passiert und was ist wahr?



Wahr ist beides! Im Haushalt 2013 des Kreises war eine Kreisumlage von 364 Mio. €; für 2014 eine Kreisumlage in Höhe von 347,8 Mio. €, also 16 Mio. € weniger einkalkuliert. Dies haben wir in unseren Haushalt übernommen. Nun wird eine Kreisumlage von 356,5 Mio. € für 2014 festgeschrieben. Das sind 9 Mio. € mehr als für 2014 ursprünglich einkalkuliert, aber 7,5 Mio. € weniger als in 2013. Es kommt also darauf an, aus welcher Werte man die Zahlen betrachtet.

Fakt ist, dass unser Haushalt in 2014 mit rd. 0,5 Mio. € mehr belastet wird, als wir einkalkuliert haben.

In 2014 ist auch die Ursache eindeutig und sie liegt nicht beim Kreis. Da die Umlagegrundlagen steigen, erhält der Landschaftsverband vom Kreis 6,6 Mio. € mehr Geld, ohne dass der Hebesatz der Landschaftsumlage steigt. Wir nennen das Mitnahmeeffekt. Dies wird der Landschaftsverband zusammen mit den höheren Schlüsselzuweisungen, die er erhält, nutzen, um seinen defizitären Haushalt auszugleichen. Er hat auch keine andere Chance, denn die Ausgleichsrücklage wird in absehbarer Zeit aufgezehrt sein. Auch der RVR wird systembedingt mehr Geld bekommen.

Beim Kreis und beim Landschaftsverband steigen die Personalaufwendungen durch die Tarifabschlüsse ebenso, wie bei uns; da wird man kaum Gegenargumente finden. Aber auch die Sozialausgaben im Jobcenter bleiben hoch. Da darf die bange Frage erlaubt sein, warum das in wirtschaftlich besseren Zeiten so ist. Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Steuereinnahmen steigen auf ein Rekordniveau, aber gleichzeitig sinken die Kosten für das SGB II nicht. Was geschieht dann erst, wenn sich die Zeiten wieder ändern?

Für die Folgejahre ist bei der Kreisumlage keine Besserung in Sicht; In 2021 beträgt die Mehrbelastung bereits 1,2 Mio. €. Die Sozialausgaben reißen in unserem Haushalt ein tiefes Loch. Die Besorgnis wird noch größer, wenn man bedenkt, dass der Kreis für die Zeit vom 2014 bis 2017 bei der Landschaftsumlage nur eine marginale Erhöhung eingeplant hat, obwohl alle wissen, dass der Transferaufwand für die Eingliederungshilfe enorm stark steigt. Ich habe die Befürchtung, dass der Fiskalpakt, auf den die Hoffnung aller Kommunen ruht, uns nicht erreicht, weil er längst verfrühstückt ist, bevor er überhaupt wirksam geworden ist. Der Landschaftsverband muss bei einem Leistungsgesetz über die Eingliederungshilfe zunächst seinen eigenen Haushalt ausgleichen. Dann kommen die Kreise dran. Wir sind erst an der Reihe, wenn noch etwas übrig bleibt.

Die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund ist letztlich auf gleiche Weise verpufft und durch die übrigen Verschlechterungen wieder aufgefressen worden. Wäre sie allerdings nicht gekommen, sähe es ganz düster aus.

Wir müssen aber auch über die Investitionen des Kreises reden. Der Kreis plant für 2014 eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,8 Mio. €. Das wird für die Folgejahre zusätzliche Abschreibungen auslösen, die wir über die Kreisumlage bezahlen müssen. Die Höhe der Kreisumlage wird daher nicht nur beim Kreis entschieden, sondern auch bei uns.

HSP-Maßnahmen

Nachdem ich die äußeren Umstände genannt habe, die unsere Haushaltssanierung behindern, muss ich nun unweigerlich zu den Maßnahmen kommen, bei denen wir selber gefordert sind.

Ich habe in den letzten Monaten mehrfach das Bild vom Kranken benutzt, der durch den HSP 2012 aus dem Sterbezimmer in die Intensivstation verlegt worden ist. Mit der Genehmigung des HSP 2013 und der Neuberechnung der Konsolidierungshilfe haben wir die Intensivstation verlassen können. Dennoch sind wir immer noch schwer krank.

Wir erleben gerade allerdings einen Rückfall und müssen aufpassen, dass wir nicht auf die Intensivstation oder gar das Sterbezimmer zurückverlegt werden.

Ich registriere mit Sorge die um sich greifende Sparmüdigkeit. Dieser Überdruß ist verständlich. Gleichwohl gleicht dieser Überdruß dem Kranken, der schon so viel bittere Medizin geschluckt hat und trotzdem keine Heilung verspürt. Nun weigert er sich, die Medikamente weiter zu nehmen und ruft nach dem Arzt, der ihm dies ersparen soll. Meine Damen und Herren, dieser Arzt wird nicht mitleidvoll herbeieilen, uns tätscheln und sagen: „Du wirst auch ohne Medizin und eigene Anstrengung gesund, bleib einfach schön liegen; alles wird gut!“.

Wir müssen selber mitmachen, wenn wir gesund werden wollen. Wenn wir uns selbst aufgeben, haben wir garantiert verloren; wenn nicht, ist noch nichts verloren. Zu diesem Kampf ums Überleben gehört es, unsere eigenen Aufgaben zu machen. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, bei denen die Haushaltssanierung stockt und sich damit die Situation, in der wir stecken, noch verschärft.

Einhaltung des Haushaltssanierungsplanes

Gefährdete oder z. z. nicht umsetzbare Maßnahmen (Auswahl)

■ Stelleneinsparungen	48.000
■ Grundschulschließungen	66.000
■ Umsetzung Sportstättenplan	200.000
■ Abbau Flächenüberhänge in Schulen	125.000
■ Betriebskostensenkungen (Heizung, Strom, pp)	125.000
■ Aufgabe von Spielplätzen	50.000
■ Hausmeistereinsatz	60.000
■ Parkraumbewirtschaftung	50.000
■ Personal/Organisationsstruktur Bauhof	35.000
■ BgA für die Sportstätten	100.000

Summe 859.000

Hubert Große-Ruiken, 18.09.2013

14

Es ist das Recht des Rates, auf einzelne Maßnahmen mit Genehmigung der Bezirksregierung zu verzichten. Es gilt aber auch, dass diese Maßnahmen frühzeitig durch andere Maßnahmen zu ersetzen sind, um das Konsolidierungsziel zu erreichen. Aus dieser Verantwortung werden wir nicht entlassen. Ich sehe allerdings nicht, woher die Kompensation kommen soll.

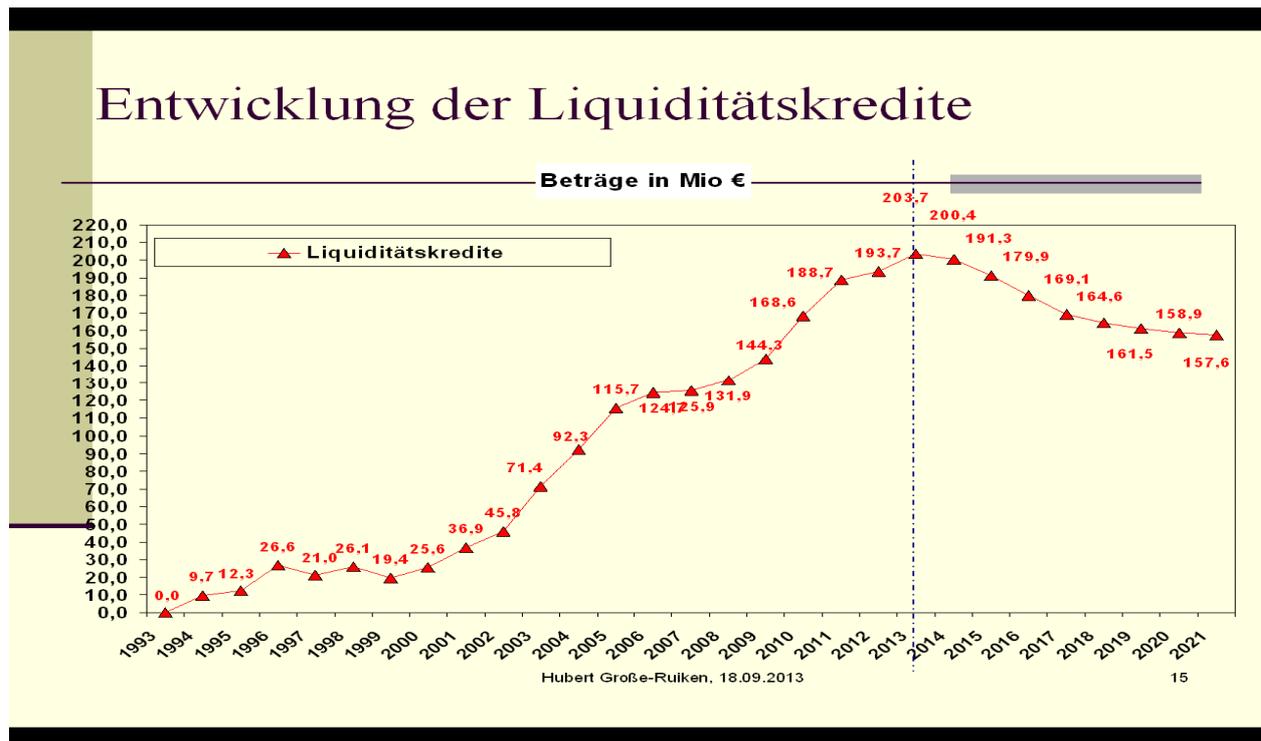
Sie ist aber dringend notwendig. Blättern wir kurz zurück: Im Haushaltssanierungsplan ist im Jahre 2021, wenn ich die Veränderungen aufgrund der Erkenntnisse der letzten fünf Tage herauslasse, ein Überschuss von gerade einmal 245.000 € ausgewiesen. Die von mir genannten gefährdeten Maßnahmen haben jedoch ein Volumen von über 860.000 €. Und der Katalog ist keineswegs vollständig. Sie können sich also ausrechnen, was passiert, wenn keine Kompensation stattfindet. Dann hilft auch der Hinweis auf die gestiegenen Belastungen von Außen nicht mehr, denn wir sorgen dann selbst für das Ende.

Ich erinnere daran, dass wir uns am Anfang der Haushaltssanierung einig darüber waren, dass wir auf jeden Fall einen genehmigungsfähigen HSP aufstellen wollen. Wir wussten auch, dass die Nagelprobe noch kommt. Die schlechteren Rahmendaten zeigen uns nun, dass wir rechtzeitig gegensteuern müssen, um Schlimmeres zu verhüten.

Im Sportausschuss war zu hören, dass der Sport genug gespart hat und nun andere dran sind. Wenn diese Einstellung Schule macht und entsprechende Anzeichen gibt es, dann werden wir nicht zum Ziel kommen.

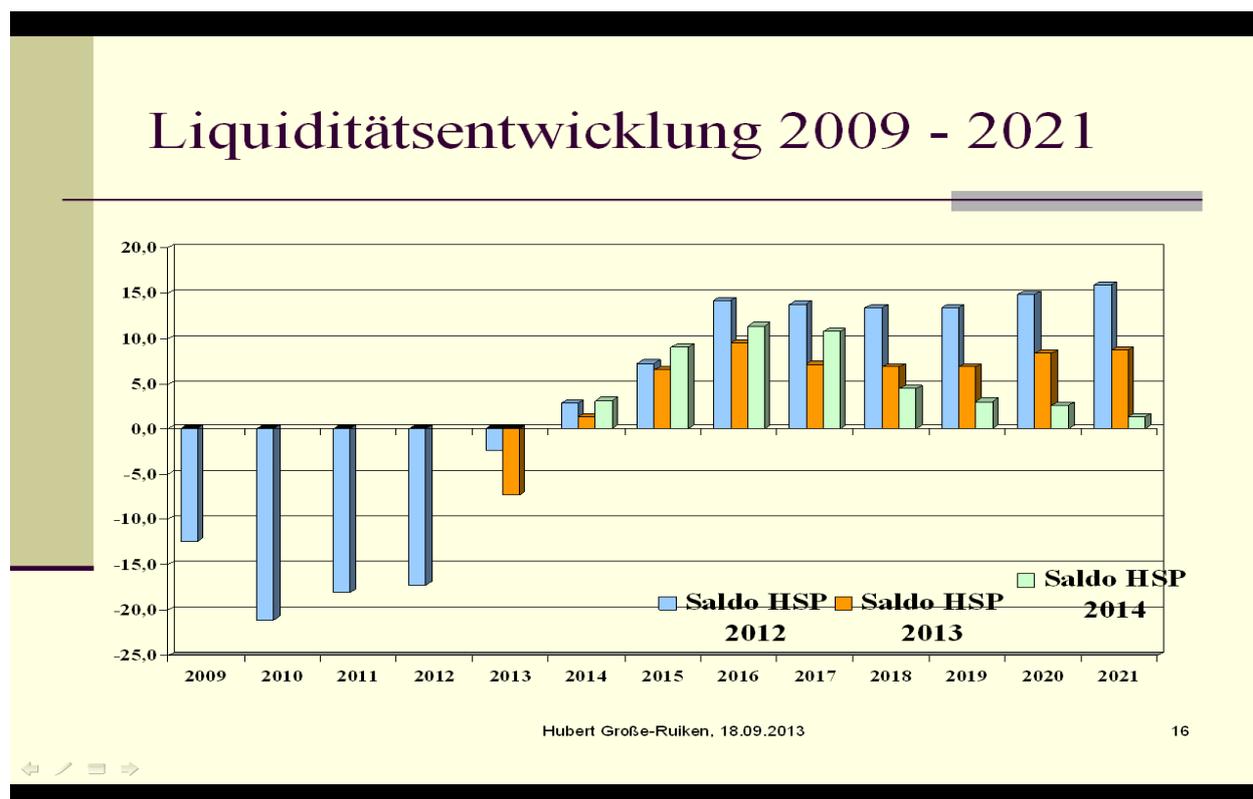
Dabei gibt es gute Gründe den Sparkurs fortzusetzen. Der entscheidende Grund sind unsere **Liquiditätskredite**. Gelingt es uns nicht, die Liquiditätskredite zurückzuführen, dann müssen wir uns ernsthaft Sorgen in anderer Hinsicht machen.

Folie 15



Es gibt immer mehr Banken, die aus dem Kommunalkreditgeschäft ausgestiegen sind oder aussteigen. Das haben die Banken nicht zum Spaß gemacht, sondern sie haben Vorgaben der BaFin umgesetzt, weil sie zu viele Kommunalkredite hatten. Die Zahl der Anbieter nimmt daher ab. Das führt zu einer Konzentration der Kommunalkredite auf wenige Banken. Wir müssen daher aufpassen, dass wir die Schraube nicht überdrehen. Die Banken werden auf Dauer unsere Haushaltsprobleme nicht lösen. Und es wird uns nichts helfen, wenn wir mit dem Finger zum Kreis, zum Landschaftsverband, zum Land, zum Bund oder zur EU zeigen.

Schauen wir uns unsere Liquiditätsentwicklung an:



Ich habe unsere Prognosen 2012, 2013 und 2014 nebeneinandergestellt. Das Ergebnis ist nicht so toll: obwohl wir seit 2013 rd. 4 Mio. € mehr Konsolidierungshilfe erhalten, wird der Schuldenabbau immer kleiner.

VI. Investitionshaushalt

Folie 17

Bevor ich zum Schluss komme, noch einige Worte zum Investitionshaushalt. Wir planen Investitionen in Höhe von rd. 23 Mio. €, die mit 10,7 Mio. € objektbezogen gegenfinanziert sind. Das Delta ist mit 12,3 Mio. € also ziemlich hoch und soll durch Kredite in Höhe von 12 Mio. € gestopft werden. Dies ist auf den ersten Blick ein hoher Betrag, der mit der Haushaltssanierung nicht in Einklang steht. Wenn man allerdings bedenkt, dass wir Investitionen von 14,8 Mio. € aus 2013 vor uns herschieben, denen Zuschüsse in Höhe von 5,4 Mio. € gegenüberstehen, so wird schnell deutlich, dass die eigentliche Kreditaufnahme nur 2,6 Mio. € beträgt, weil 9,4 Mio. € bereits in 2013 vorgesehen waren und hier eingespart werden.

Für welche Investitionen wir Geld ausgeben wollen oder müssen, ist im Vorbericht zum Haushalt eingehend nachlesbar.

VII. Schlusswort

Der Weg, den wir in den nächsten Wochen gehen müssen, wird schwer werden. Ich habe noch kein Rezept dafür, wie wir unseren Haushalt genehmigungsfähig machen können. Für solche Überlegungen waren die letzten fünf Tage zu kurz. Dies wird natürlich erschwert dadurch, dass es bis 2021 noch ein weiter Weg ist. Bis dahin gibt es Chancen auf Verbesserungen, aber auch erhebliche Risiken für Verschlechterungen.

Wir sollten die nächsten Wochen nutzen, zu sondieren, welchen Weg wir gehen sollen und können. Für mich ist klar: Wenn wir Erfolg haben wollen, gibt es zu den bereits beschlossenen HSP-Maßnahmen keine Alternative: sie müssen umgesetzt werden. Über Kompensation wird man nicht mehr ernsthaft reden können, da wir die Kompensationen benötigen, um die neuen Löcher zu stopfen.

Wir müssen auch unsere Steuerbeschlüsse überprüfen und überlegen, ob wir heute Steuererhöhungen beschließen, die ab Ende dieses Jahrzehntes wirksam werden. Wir können dann die Zeit nutzen, um uns nach anderen Wegen umzusehen, die diese Steuererhöhungen überflüssig machen. Das nennt man ebenfalls Kompensation.

Im vergangenen Jahr habe ich einen Hoffnungsschimmer im Fiskalpakt gesehen. Wenn ich nun aber sehe, wie groß die Löcher bereits jetzt wieder sind, sinkt die Hoffnung, dass bei uns genug ankommt. Wir werden dieses Wenige benötigen, um die neuen Löcher zu stopfen, damit alles nicht noch schlimmer wird.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus bedanken, die mich und Sie wieder mit den notwendigen Unterlagen und Informationen versorgt haben. Ich kann Ihnen sagen, dass es auch im Rathaus nicht einfach ist, ständig aufs Sparen zu drängen. Wir müssen tagtäglich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachabteilungen, die gute fachliche Arbeit abliefern wollen, gebetsmühlenartig zu erklären, dass ihre fachlich gut begründeten Vorstellungen am Geld scheitern. Nur ein Mitarbeiter, der auf fachlich gute Arbeit bedacht ist, ist ein motivierter Mitarbeiter. Diese motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen wir dringend. Wir sollten zuweilen bedenken, welchem Druck die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses, aber auch Sie, durch die ständige Spardiskussion ausgesetzt sind.

Dennoch möchte ich passend zu den Aufgaben, die vor uns liegen, schliessen mit einem Sprichwort aus Polen:

Wenn kein Wind geht, dann rudere!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!